Aktuelles Thema: **Bevölkerungsentwicklung in den fünf neuen Ländern**

Datenlage

Aktuelle Daten zur Lage der neuen Bundesländer:	Inflationsrate neue Bundesländer* 3)	Arbeitslosenquote 2) (nicht saisonbereinigt)	Wachstumsrate des realen BIP* (ohne Gesamt-Berlin) 4)	Saldo der Leistungsbilanz (in Mrd. Euro) 1) (Gesamtdeutschland)	Zinssatz (Umlaufrendite) (Gesamtdeutschland)
2004	1,7 %	18,4 %	1,7 %	+102,4	3,7 %
2005	2,1 %	18,7 %	0,4 %	+112,6	3,1 %
2006	1,9 %	17,2 %	3,2 %	+144,7	3,8 %
2007	2,2 %	15,1 %	2,6 %	+180,9	4,3 %
2008	2,6 %	13,1 %	0,3 %	+153,6	4,2 %
2009	0,3 %	13,0 %	-3,9 %	+141,5	3,2 %
2010	1,1 %	11,9 %	3,3 %	+156,0	2,5 %
2011	2,3 %	11,2 %	1,8 %	+161,2	2,5 %
2012	2,0 %	10,6 %	0,3 %	+185,6	1,4 %
2. Quartal 2012	1,9 %	10,7 %		+41,4	1,4 %
3. Quartal 2012	1,9 %	10,2 %		+44,7	1,2 %
4. Quartal 2012	1,9 %	10,0 %		+53,8	1,2 %
1. Quartal 2013	1,5 %	11,4 %		+45,1	1,3 %
2. Quartal 2013	1,5 %	10,3 %			1,2 %
April 2013	1,1 %	10,8 %		+16,7	1,1 %
Mai 2013	1,6 %	10,3 %		+11,2	1,1 %
Juni 2013	1,9 %	9,9 %			1,3 %
Juli 2013	1,9 % 5)	9,9 %			

Quelle: Statistisches Bundesamt sowie Ämter der Länder und eigene Berechnungen * Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum 1) Im Rahmen der Revision der Zahlungsbilanzdaten von 2008, 2011 und 2013 wurden methodische Änderungen vorgenommen, Deutsche Bundesbank 2) Bundesagentur für Arbeit; Monatsberichte 3) eigene Berechnung des Konjunkturteams als gewichteter Durchschnitt über die fünf neuen Bundesländer ohne Berlin, 4) Werte: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ 2011 ab 2009 WZ 2008, 5) vorläufiger Wert für Gesamtdeutschland.

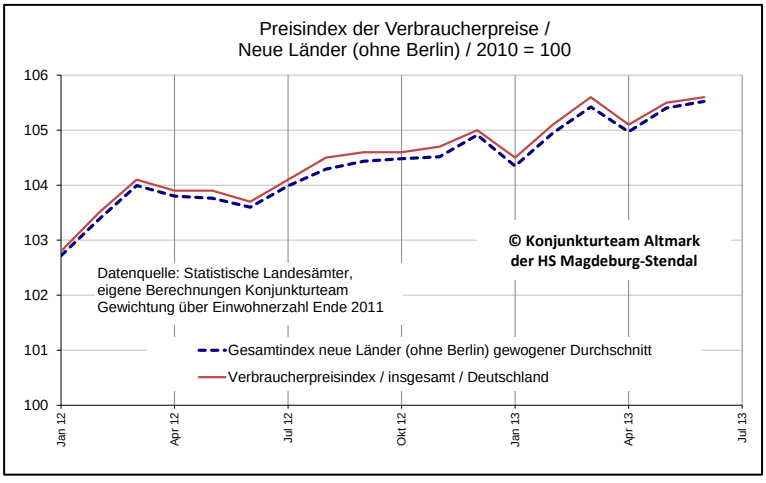
Lageanalyse & Prognose

Inflationsrate:

Lageanalyse 2. Quartal 2013

Inflationsrate verharrt noch bei 1,5 %, aber tendenzielle Beschleunigung

Auch im 2. Quartal stiegen die Preise in Ostdeutschland gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,5 %. Während die monatlichen Raten im 1. Quartal sanken, nahmen diese im 2. Quartal zu. Nach einem Anstieg von 1,1 % im April (Tiefpunkt in der Grafik links) lag die Inflationsrate im Juni bei 1,9 % und damit etwas höher als in Gesamtdeutschland. Bei Betrachtung der linken Grafik erkennt man aber auch, dass hierbei ein Basiseffekt (Tiefpunkt im Juni 2012) eine gewisse Rolle spielte. Besonders stark stiegen die Preise im Juni in Sachsen (2,0 %), wohingegen diese in Thü-



Kaum unterschiedliche Entwicklungen in Ost und West

ringen nur um 1,6 % zunahmen. Im Juni waren insbesondere die Preisanstiege bei den Nahrungsmitteln (+5,4 %) und bei der Energie (+3,0 %) für die Beschleunigung des Preisauftriebs verantwortlich (Pressemitteilung Nr. 228 des Statistischen Bundesamts vom 10.07.2013).

Prognose 3. Quartal 2013

Nahrungsmittel und Strom treiben das Preisniveau

Nach unserer eher optimistischen Prognose in unserem letzten Bericht sind wir etwas vorsichtiger geworden. Wir rechnen zwar nach wie vor nicht mit einer wirklichen Beschleunigung der Inflation, müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass eine Annäherung an 2 % wesentlich wahrscheinlicher ist als an 1 %. Während die Erzeugerpreise (Pressemitteilung Nr. 244 des Statistischen Bundesamts vom 19.07.2013) im Juni nur um 0,6 % (nach 0,1 % im April und 0,2 % im Mai) gestiegen sind, sind die Preise im Teilbereich „Verbrauchsgüter“ um 2,6 % gestiegen. Energie ist zwar nur um 0,7 % teurer geworden, elektrischer Strom für Haushalte allerdings um 11,9 % gegenüber dem Vorjahr. Die Großhandelspreise (Pressemitteilung Nr. 232 des Statistischen Bundesamts vom 11.07.2013) sind im Juni um 0,7 % gestiegen, nachdem diese im Vergleich zum Vorjahr im April um 0,4 % und im Mai um 0,1 % gesunken waren. „Obst, Gemüse und Kartoffeln“ haben sich um 14,7 % verteuert, Milch (-erzeugnisse), Eier, Speiseöle und Nahrungsfette um 8,8 %. Der HWWI-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe „Euroland“ (Eurobasis) lag im Juni noch 0,2 % unter dem Vorjahreswert, zeigt aber auch, dass die Rückgänge im März (-10,2 %), April (-12,2 %) und im Mai (-7,7 %) noch wesentlich höher waren. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass der Basiseffekt aus dem Juni 2012 aktuell durchschlägt. Insgesamt sinken die absoluten Werte des Index mehr oder minder, so dass eher mit einer Entspannung an der Preisfront zu rechnen ist. Auch von den Importpreisen geht keine wirkliche Inflationsgefahr aus. Sie sinken zwar immer langsamer, lagen aber immer noch 2,2 % unter dem Vorjahresniveau (Pressemitteilung Nr. 249 des Statistischen Bundesamts vom 26.07.2013).

Inflationsrate nähert sich eher zunächst den 2%

Dann wieder Entspannung an der Preisfront

Arbeitslosenquote:

Lageanalyse 2. Quartal 2013

Saisonbereinigte Arbeitslosenquote sinkt wieder

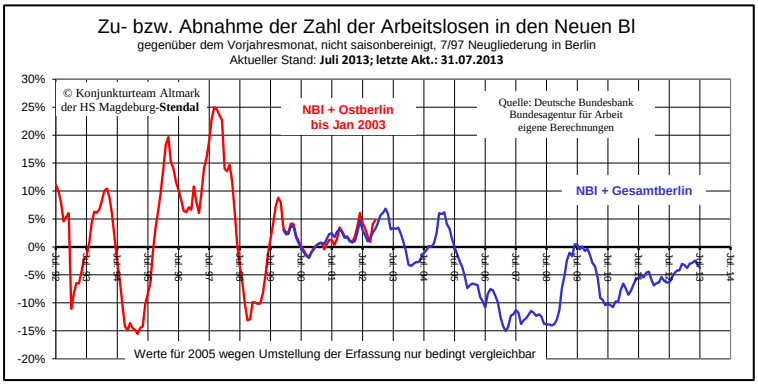
Im Mai 2013 betrug die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland 869.246, die Arbeitslosenquote aller erwerbsfähigen Personen lag bei saisonbereinigt 10,3 %. Im Juni kann man einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit beobachten. Sie betrug hier 835.979. Der saisonbereinigte Wert betrug 10,2 %. Der April dieses Jahres verzeichnete noch eine Arbeitslosenzahl von 912.487. Der saisonbereinigte Wert der Arbeitslosenquote betrug 10,4 %. Die Kurzarbeiterzahl lag im Januar 2013 bei 234.153 (jüngere Daten liegen nicht vor). Im Vergleich zum Januar des Vorjahres mit 206.331 bemerkt man einen Anstieg von 5,4 %. Im Vergleich zum Dezember 2012 (155.810) ergibt sich ein stärkerer Anstieg von 78.343. Dies ist aber ein normaler Verlauf, der auch in den Jahren davor zu beobachten ist. Das ist vor allem den in den Wintermonaten nicht nachgefragten „grünen Berufe“ geschuldet. Nach vorläufiger Schätzung der Bundesagentur für Arbeit wurde im Mai 2013 an 80.000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Im Vergleich zum Vormonat sank die Zahl um 22.000, dennoch sind 15.000 mehr als im Vorjahr zu verzeichnen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im Mai 2013 (jüngere Daten liegen nicht vor) in Ostdeutschland bei 5.503.400, was im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von rund 45.000 oder 0,8% entspricht. In Sachsen-Anhalt ist dagegen ein Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 0,3% zu beobachten.

Weitere Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

Prognose 3. Quartal 2013

Trotz des Hochwassers, dass besonders Sachsen-Anhalt schwer in Mitleidenschaft gezogen, und der Wachstumsschwäche in Europa zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt weiterhin robust. Die Zahl der Arbeitslosen lag bei 837.704 und damit leicht über dem Juni-Wert, aber 3,7% unter dem Vorjahreswert. Saisonbereinigt sank die Arbeitslosenquote auf 10,1%. Gleichzeitig waren sank die Zahl der Teilnehmer an ausgewählten Maßnahmen aktiver Arbeitsmarkpolitik um 5,7% gegenüber dem Vorjahr. Wir rechnen mit einer

Weiterer Rückgang



Auch ohne Wachstum

weiteren Reduktion der Zahl der Arbeitslosen, auch wenn diese nicht durch ein höheres Wachstum zustande kommt, sondern durch die besondere demographische Entwicklung in Ostdeutschland bedingt ist.

Wachstum:

Lageanalyse 2. Quartal 2013

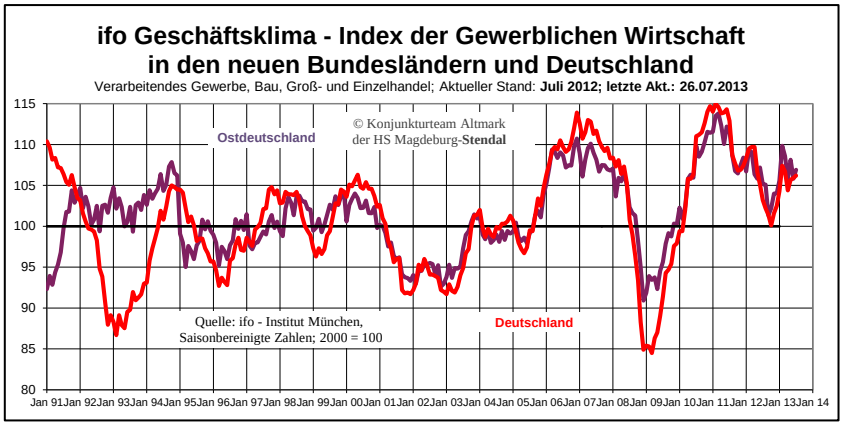
Auch im 2. Quartal keine wirkliche Besserung

Das DIW geht in seinem jüngsten Konjunkturbarometer (DIW-Konjunkturbarometer Juni 2013: Kräftiges Wachstum im zweiten Quartal www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.100415.de) davon aus, dass das Wachstum anzieht und das BIP in Deutschland gegenüber dem Vorquartal um 0,5% gestiegen sein könnte. Gegenüber dem Vorjahresquartal hielte sich der Zuwachs aber in Grenzen, da dieser eher bei 0% liegen dürfte. Bei Betrachtung der Entwicklungen im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft Ostdeutschlands, kann nicht wirklich Zuversicht aufkommen. Kurzfristige Impulse kommen nach dem langen, harten Winter allenfalls durch den Nachholeffekt von der Bauwirtschaft.

Prognose 3. Quartal 2013

Größere Unterschiede im Euro- und Nicht-Euroraum

Die wirtschaftlichen Aussichten werden nach wie vor durch die Entwicklungen in der Euro- und in der Nicht-Eurozone bestimmt. Die Vertrauensindikatoren im EU-Raum haben immer noch negative Werte. Nach der Finanzkrise konnten nur die Dienstleistungen und die Industrie positive Werte um den Jahreswechsel 2010/11 erreichen. Die Indikatoren für das Verbrauchervertrauen und das Baugewerbe blieben im negativen Bereich. Immer noch liegt das Baugewerbe am unteren Ende gefolgt vom Verbrauchervertrauen, welches zuletzt leicht stieg. Bei den Dienstleistungen ist das Vertrauen höher als in der Industrie, beide sind aber schon seit Anfang 2012 wieder negativ. Gerade dies trifft die ostdeutsche Wirtschaft mit ihrer Exportabhängigkeit in diesen Raum besonders. Anders im Nicht-Euroraum: In Japan und den USA nahmen die Auftragseingänge und die Produktion sowie das Vertrauen tendenziell zu. Dies wird auch an der Exportentwicklung Deutschlands deutlich, die deshalb keine eindeutige Richtung aufweist. Kein Wunder also, wenn sich auch das Ifo-Geschäftsklima „seitlich orientiert“, um an dieser Stelle einmal die Börsensprache zu verwenden. Das IWH sieht für das ganze Jahr 2013 eine Stagnation für Ostdeutschland voraus. Die reale Bruttowertschöpfung wird im Baugewerbe um 1,2%, im Handel, Verkehr ... um 0,3% und bei Finanzierung, Unternehmensdienstleistung … um 0,7% zunehmen. Für das Verarbeitende Gewerbe wird nach einem Rückgang in 2012 um 1,7 % ein weiterer um 1,1 % erwartet (IWH-Pressemeldung 28/2013 vom 18. Juli 2013). Besonders bitter könnte für Ostdeutschland die Antizipation der Bevölkerungsentwicklung in allen Bereichen sein: Sie könnte sich so eher beschleunigen als entschleunigen.



Kaum eindeutige Impulse

Seitwärtsbewegung

Bauwirtschaft:

Lageanalyse 2. Quartal 2013

Zunahme bei den Entgelten im 1. Quartal

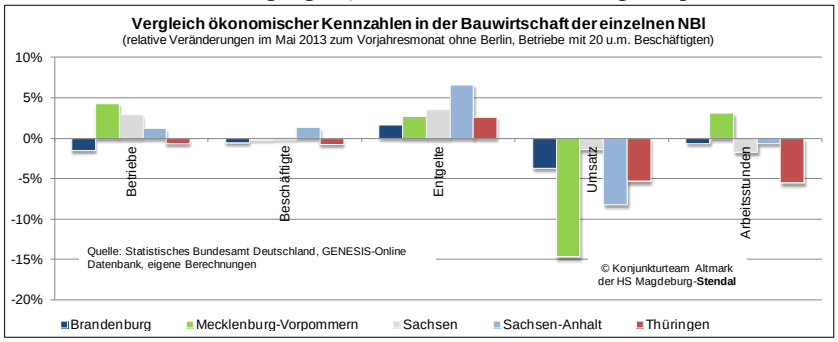
Zunächst möchten wir die mittlerweile vorliegenden Daten für das 1. Quartal nachreichen. Leider bewahrheitete sich unsere Vermutung, dass sich zum Jahresanfang die Rückgänge bei den Beschäftigten mit -1,9 %, den Entgelten mit -4,9 % und den Umsätzen mit -17,7 % gegenüber dem Vorjahresquartal beschleunigten (ohne Berlin). Die Anzahl der Betriebe stieg weiterhin um 1,1 % ohne Berlin. Für das 2. Quartal wurden bisher die Werte für April und März veröffentlicht (vgl. nachfolgende Tabelle). Das Wachstum bei den Beschäftigten und Entgelten scheint sich in diesem Zeitraum wieder etwas zu verbessern. Die Anzahl der Betriebe werden wohl auf ähnlichem Niveau weiter zunehmen. Nur die Umsätze lassen immer noch einen deutlichen Rückgang im 2. Quartal erwarten, auch wenn dieser nicht mehr so stark sein wird, wie im 1. Quartal.

	Betriebe		Beschäftigte		Entgelte		Umsatz	
	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)
Apr. 13	1,4 %	1,6 %	-0,6 %	-0,6 %	3,5 %	3,4 %	-4,8 %	-5,7 %
Mai 13	1,1 %	1,3 %	0,0 %	0,0 %	3,7 %	3,5 %	-4,5 %	-5,2 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Online Datenbank, eigene Berechnungen; Veränderungen zum Vorjahresmonat; Stand: 27.07.2013; a) mit Berlin; b) ohne Berlin.

Sachsen-Anhalt zeigte mit +6,6 % stärkstes Wachstum bei den Entgelten

Auf Länderebene verzeichneten alle neuen Bundesländer Anstiege bei den Entgelten und zum Teil erhebliche Umsatzrückgänge (-14,6 % in Mecklenburg-Vorpommern und -8,2 % in Sachsen-Anhalt) im Mai. Bei den Betrieben, den Beschäftigten und den Arbeitsstunden sind die Entwicklungen im Ländervergleich wesentlich heterogener. Thüringen scheint unter den neuen Bundesländern im Mai knapp das Schlusslicht zu bilden (vgl. Grafik).



Ausbleibende Nachholeffekte sorgen für weiterhin trübe Geschäftslage in der Bauwirtschaft

Wie die aktuelle IWH-Bauumfrage für das 2. Quartal zeigte, wurde die Geschäftslage von den 300 befragten ostdeutschen Bauunternehmen im Vergleich zum 1. Quartal fast genauso schlecht eingeschätzt. Der mögliche Grund hierfür waren die weiterhin auf sich wartenden Nachholeffekte. Zunächst schränkte zum Jahresbeginn der anhaltende Winter, gefolgt von häufigen Regenfällen und mit anschließender Flutkatastrophe die Produktion ein (IWH-Pressemitteilung 24/2013).

Prognose 3. Quartal 2013

Positive Entwicklung bei den Auftragseingängen in den neuen Ländern

Die Daten für Ostdeutschland wiesen für das 1. Quartal einen Rückgang bei den Auftragseingängen um -3,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal einschließlich Berlin auf. Wird die Hauptstadt aus der Betrachtung genommen, dann stiegen die Auftragseingänge mit 6,2 % sogar deutlich an. Im 2. Quartal gingen im April 6,5 % und im Mai 11,6 % mehr Aufträge bei den Unternehmen der ostdeutschen Bauwirtschaft ein. Wird Berlin herausgerechnet, dann verringerte sich bzw. wuchs die Zuwachsrate im April auf 2,5 % und im Mai auf 14,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Es deutet sich an, dass die Auftragseingänge für das gesamte 2. Quartal eine positive Wachstumsrate, einschließlich Berlin, erreichen werden. Wie auch schon im letzten Bericht festgestellt, zeigt sich kein homogenes Bild bei den Auftragseingängen nicht nur im Ländervergleich, sondern auch im Zeitablauf (vgl. Tabelle). In Thüringen wurden 458,8 % mehr Aufträge an den Gewerblichen und industriellen Hochbau sowie 365,6% mehr Aufträge für Hochbauten für Organisationen ohne Erwerbszweck im Mai gegenüber dem Vorjahresmonat vergeben. Berlin verzeichnete 26 % mehr Aufträge im April. Diese Zunahme setzte sich im Wesentlichen zusammen aus +105 % im Wohnungsbau, +154,2 % im Gewerblichen und industriellen Hochbau, -50,8% bei Hochbauten für Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie +76,5% im Öffentlichen Tiefbau.

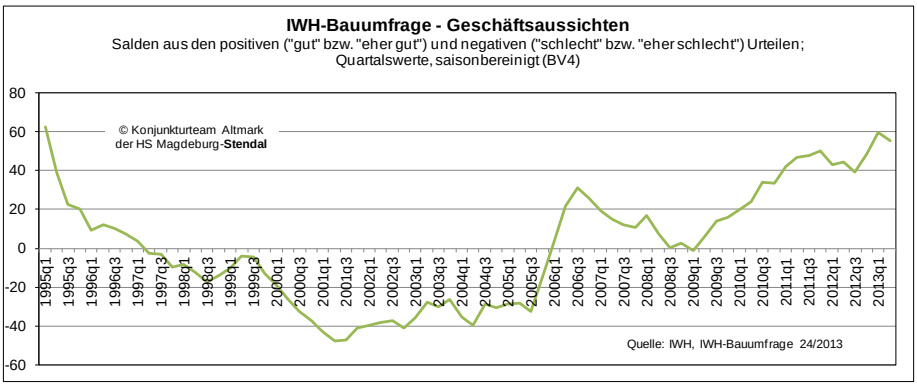
Stark positive Nachfrageschocks in Thüringen

	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Mrz. 13	-21,7 %	-10,6 %	3,2 %	-7,6 %	4,5 %	-10,3 %
Apr. 13	26,0 %	-11,4 %	-2,2 %	15,8 %	7,5 %	-8,4 %
Mai 13	-4,1 %	3,5 %	11,8 %	3,0 %	-3,1 %	66,2 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Online Datenbank, eigene Berechnungen; Veränderungen zum Vorjahresmonat; Stand: 27.07.2013.

Weiterhin positive Geschäftsaussichten

Im Lagebericht wurden die bisher ausbleibenden Nachholeffekte erwähnt, die sich in Verbindung mit der zu erwartenden Nachfrage zur Beseitigung der Flutschäden in einem weiterhin außergewöhnlich hohen Niveau der Geschäftsaussichten in der ostdeutschen Bauindustrie niederschlagen (IWH-Pressemitteilung 24/2013; vgl. Grafik).

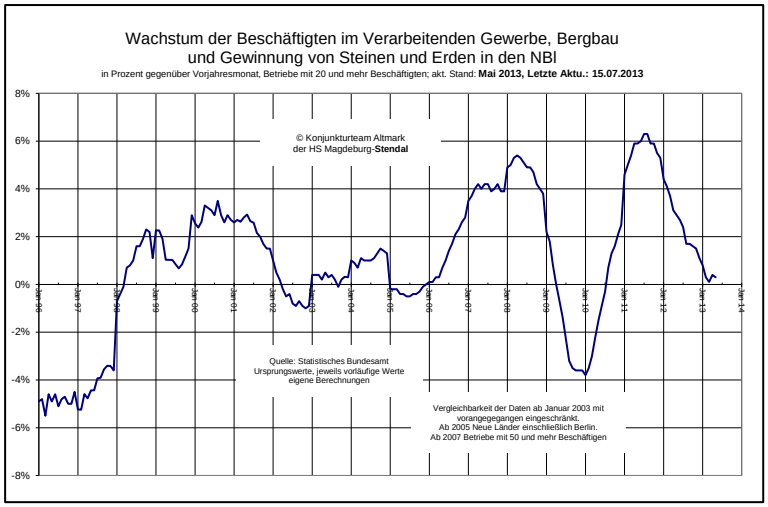


Verarbeitendes Gewerbe:

Lageanalyse 2. Quartal 2013

Die Lage im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ist wieder schnell beschrieben: weiterhin düster. Die Beschäftigung stieg zwar noch leicht – im April/ Mai 2013 lag sie um 0,4 % höher als im Vorjahreszeitraum, ein stärkerer Anstieg ist aber noch nicht in Sicht. Der Umsatz fiel im gleichen Zeitraum um 0,7 %, der Auslandsumsatz um 0,3 % geringer aus als der Vorjahreswert. Nur die Zahl der Arbeitsstunden war in beiden Monaten um knapp 4 %, die Lohn- und Gehaltssumme um 5 % über dem Vergleichszeitraum. Auch zu Beginn des 2. Quartals haben sich die Hoffnungen auf eine Belebung der Industrie nicht erfüllt.

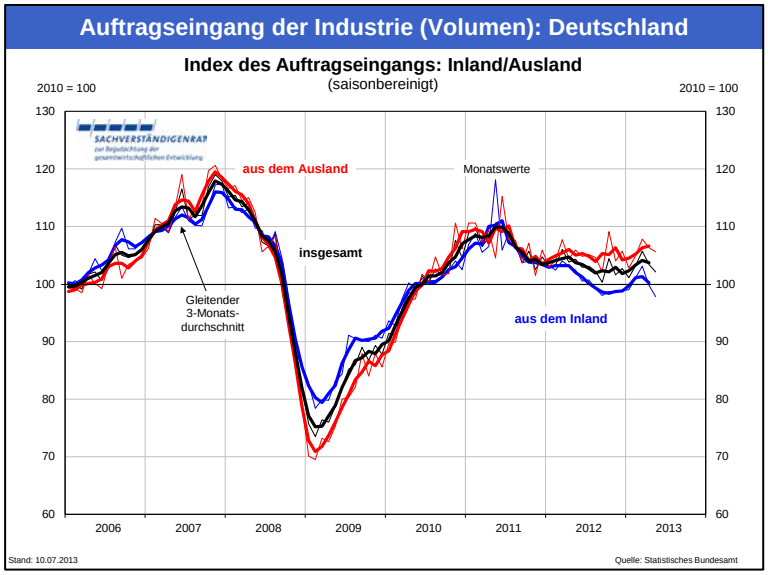
Weiterhin deutliche Bremsspuren



Nur Zahl der Arbeitsstunden leicht erhöht

Prognose 3. Quartal 2013

Der Auftragseingang signalisiert keine Belebung der Geschäftstätigkeit. Nach einer leichten Erholung zu Jahresbeginn befanden sich die Werte für Mai unter den Vorjahreswerten. Der Auftragseingang insgesamt lag 4 %, der aus dem Inland um 6,6 % und der aus dem Ausland um 2,2 % unter dem Vorjahreswert. Nimmt man den aussagekräftigeren Zweimonatsvergleich April/ Mai der arbeitstäglich bereinigten Werte zu Hilfe, stellt man fest, dass die Auftragseingänge um 1,2 % gesunken sind. Besonders die aus dem Inland sind um 3,7% gesunken. Nur die Aufträge aus dem Ausland tragen zur Stabilisierung bei (+0,9 %). Allerdings sind nur die Aufträge aus der Nicht-Eurozone gestiegen und zwar um 3,2%, die aus der Eurozone sind um 3% gesunken. Das ifo-Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe Deutschlands bewegt sich nur seitwärts. Die



Keine Besserung beim Auftragseingang

Stimmung trübt sich weiter ein.

Geschäftserwartungen sind im Juni ganz leicht „positiv“, die Lage wird etwas besser eingeschätzt, die Exporterwartungen stagnieren. Das IWH hat seine neueste Umfrage für Ostdeutschland mit „IWH-Industrieumfrage im zweiten Quartal 2013: Stimmungseintrübung setzt sich fort“ überschrieben (Pressemitteilung 27/2013 v. 16.7.2013). Geschäftslage und –aussichten trüben sich weiter ein, gleiches trifft für die Produktionslage, die Auftragslage, die Produktions- und die Ertragserwartung zu.

Löhne:

Rückgang der Reallöhne im 1. Quartal 2013

Lageanalyse 1. Quartal 2013

Im 1. Quartal 2013 sind die Reallöhne in Deutschland um 0,1 % zurückgegangen. Die Nominallöhne in diesem Zeitraum stiegen um 1,4 %, während die Verbraucherpreise um 1,5 % zulegten. Als Gründe für den Rückgang werden die niedrigeren Sonderzahlungen im Vergleich zum Vorjahresquartal und die geringere bezahlte Wochenarbeitszeit genannt. Der letzte Rückgang beim Reallohn wurde im 4. Quartal 2009 verzeichnet. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers in den neuen Bundesländern im 1. Quartal 2013 ohne Sonderzahlungen betrug 2.635 Euro und in den alten Bundesländern 3.526 Euro. Werden die Veränderungen zum Vorjahresquartal betrachtet, so ist hier kein Aufholprozess feststellbar. Die auch in früheren Konjunkturberichten genannten Lohnunterschiede bleiben bestehen.

Verdienstunterschiede zwischen Ost und West

	Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer nach Quartalen und ohne Sonderzahlungen												
	2010				2011				2012				2013
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	**1. Q.**	**2. Q.**	**3. Q.**	**4. Q.**	**1. Q.**	**2. Q.**	**3. Q.**	**4. Q.**	**1. Q.**	**2. Q.**	**3. Q.**	**4. Q.**	**1. Q.**
Neue Länder (ohne Berlin)	2 511	2 549	2 556	2 572	2 570	2 605	2 620	2 639	2 599	2 635	2 645	2 678	2 635
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %	2,6	2,9	2,3	2,0	2,3	2,2	2,5	2,6	1,1	1,2	1,0	1,5	1,4
Früheres Bundesgebiet (einschließlich Berlin)	3 286	3 340	3 350	3 374	3 377	3 429	3 437	3 462	3 459	3 512	3 532	3 569	3 526
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %	2,2	3,3	2,8	2,7	2,8	2,7	2,6	2,6	2,4	2,4	2,8	3,1	1,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Arbeitnehmerverdienste und Indizes der Arbeitnehmerverdienste - Lange Reihen - Fachserie 16 Reihe 2.4 - 1. Vierteljahr 2013.

Am 7. Juni 2013 beschloss das Bundeskabinett die bereits bekannte Erhöhung der Renten zum 1. Juli 2013. Die Rentner in den neuen Bundesländern bekommen 3,29% mehr und 0,25% beträgt der Zuwachs in den alten Bundesländern. Begründet wurden die Anpassungen mit der für die Rentenanpassung relevanten Lohnsteigerung von 1,5 % in den alten Ländern und 4,32 % in den neuen Ländern. Auch wenn die Lohnsteigerungen eine wesentliche Rolle bei der Berechnung der Rentenanpassung spielen, so gibt die reine Betrachtung der Zahlen für die Verdienste der Arbeitnehmer keinen Grund zur Euphorie (vgl. untere Tabelle).

	Durchschnittliche Bruttojahresverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer, einschl. Sonderzahlungen					
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**	**2012**
Neue Länder (ohne Berlin)	30 082	31 201	31 853	32 533	33 427	33 840
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %		3,7	2,1	2,1	2,7	1,2
Früheres Bundesgebiet (einschließlich Berlin)	41 767	42 905	43 036	44 149	45 647	46 871
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %		2,7	0,3	2,6	3,4	2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Arbeitnehmerverdienste und Indizes der Arbeitnehmerverdienste - Lange Reihen - Fachserie 16 Reihe 2.4 - 1. Vierteljahr 2013.

Prognose 3. Quartal 2013

Ursachen der Lohnunterschiede langfristiger Natur

Der Unterschied zwischen den Löhnen in den neuen und alten Bundesländern ist auch durch die niedrigere Produktivität in den neuen Ländern erklärbar. Bei den Pro-Kopf Investitionen für neue Ausrüstungen und sonst. Anlagen liegen die neuen Länder deutlich zurück. In den alten Ländern wurden 2008 pro Kopf 3.190 € in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen investiert und in den neuen Ländern 2.150 € (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie; Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer 2012 Daten bis 2009). Diese Entwicklung, sollte sich dies auch aktuell für die Jahre 2009 bis heute bestätigen, würde jeglichen Aufholprozess für die mittelfristige Zukunft ad acta legen. Ebenso bedenklich ist die Entwicklung bei Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern. Die F&E-Potenziallücke der neuen Länder in Bezug auf die Erwerbstätigen lag 2009 bei 51%. Das heißt, der Anteil der Mitarbeiter in F&E müsste sich verdoppeln. Forschung, Entwicklung und Investitionen sind wichtige und treibende Faktoren bei der Entwicklung einer Wirtschaft.

Potenziallücke bei F&E nach wie vor sehr hoch

Zinsen:

Lageanalyse 2. Quartal 2013

Leitzinssatz weiterhin auf Rekordtief

Auf der letzten Sitzung am 04.07.13 entschied der EZB-Rat den Leitzinssatz bei 0,5 %, die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 1 % sowie die Einlagefazilität bei 0 % zu belassen (www.ecb.int, „Key ECB Interest Rate"). Der EZB-Präsident Mario Draghi betonte, solange wie nötig die Zinssätze auf diesem historischen Tief zu halten oder sogar noch weiter zu senken, um die Konjunktur im Euroraum zu unterstützen (www.handelsblatt.com, 04.07.2013, „Die Zinsen bleiben lange Zeit niedrig"). Die in den geldpolitischen Hintergrund gerückte Geldmengenentwicklung von M3 beschleunigte sich wieder im Vergleich zum letzten Bericht. Während das M3-Wachstum im März noch auf 2,5 % zurückging, stieg es zwischenzeitlich im April auf 3,2 % und befand sich im Mai bei 2,9 %. Auf dem Kapitalmarkt sanken die Renditen für festverzinsliche Wertpapiere im Durchschnitt um 0,1 Prozentpunkte. Eine Ausnahme bildeten die Industrieobligationen, deren Rendite um 0,3 Prozentpunkte deutlich zurückging. Diese Entwicklung schlug sich in einem geringeren Zinsspread zwischen Industrieobligationen und Anleihen der öffentlichen Hand nieder, das heißt, Unternehmen müssen eine geringere Risikoprämie an die Fremdkapitalgeber zahlen (vgl. Tabelle).

	Umlaufrendite insgesamt	Bankschuld-verschreibungen	Industrie-obligationen	Anleihen der öffentl. Hand
1. Quartal 13	1,3 %	1,2 %	3,3 %	1,2 %
2. Quartal 13	1,2 %	1,1 %	3,0 %	1,1 %

Quelle: (Deutsche Bundesbank, Statistik).

Prognose 3. Quartal 2013

Leitzinssatz bleibt für längere Zeit auf Rekordtief

Neben der Verkündung der letzten Leitzinsentscheidung teilte der Notenbankpräsident mit, dass der Schlüsselzinssatz für eine längere Zeit auf dem bisherigen oder sogar auf einem niedrigeren Niveau bleiben wird. Diese Festlegung stellt eine Wende in der Geldpolitik dar, weil bisher nur die Bereitschaft zum Handeln erklärt wurde. Einerseits versucht die EZB darüber die Markterwartungen zu verfestigen und somit die langfristigen Zinssätze zu beeinflussen, andererseits lässt sich die Notenbank mit der unpräzisen Dauer weiteren Handlungsspielraum offen. Der Fachbegriff für dieses geldpolitische Instrument heißt „Forward Guidance" (www.handelsblatt.com, 04.07.2013, „Draghis neue Masche"). Nachdem sich die EZB über die mittelfristige Entwicklung des Leitzinssatzes festlegte, rechnen wir nicht mit einem Anziehen der Zinsschraube im 3. Quartal. Falls es in einigen Euroländern wie Griechenland oder Portugal wieder zu einer Verschärfung der Krise kommt, wird die EZB vermutlich eher eine weitere unkonventionelle Maßnahme ergreifen, bevor sie den Schlüsselzinssatz nochmals senkt.

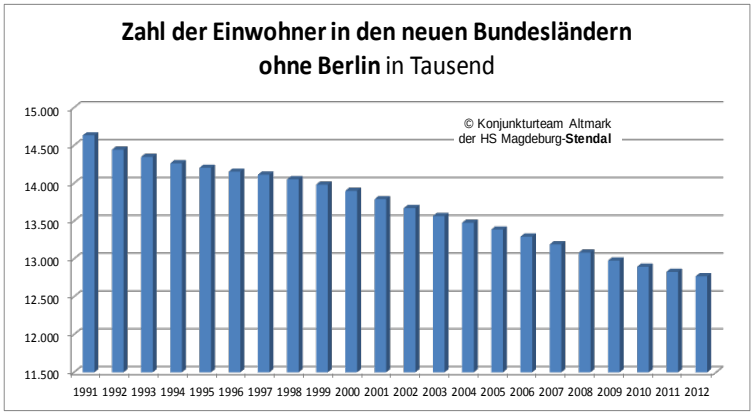
In eigener Sache:

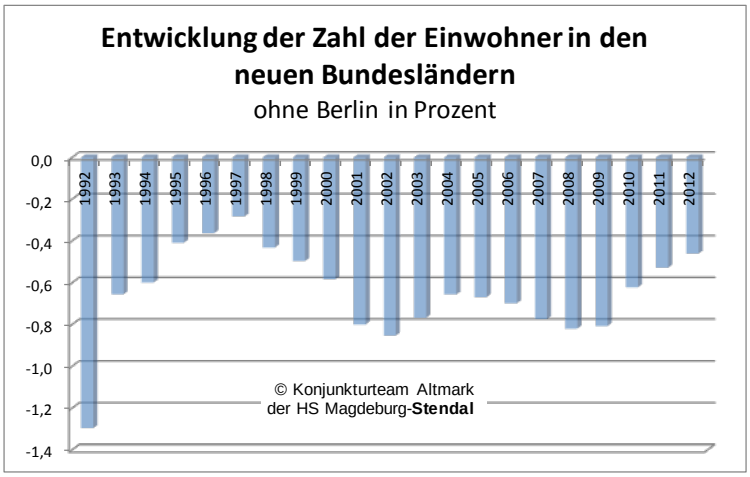
Weitere aktuelle, meist tagesaktuelle Übersichten zu wichtigen Wirtschaftsdaten der neuen Länder bzw. zu Sachsen-Anhalt finden Sie unter:

www.stendal.hs-magdeburg.de/project/konjunktur/index.htm

Aktuelles Thema: Bevölkerungsentwicklung in den fünf neuen Ländern

Mit den - vor kurzem veröffentlichten - Zahlen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (www.vgrdl.de/) wollen wir einen Rückblick auf die Entwicklung der Einwohnerzahl in den fünf neuen Ländern (im Folgenden immer ohne Berlin) werfen. Seit der Wiedervereinigung nahm die Zahl der Einwohner von 14.631.849 auf 12.768.851 ab. Fast zwei Millionen Menschen weniger leben heute in den neuen Ländern. Während die Bevölkerung im Westen um knapp 6 % zunahm, sank diese also in den letzten zwanzig Jahren im Osten um über zwölf Prozent. Mit 2,7% fiel der Rückgang in Brandenburg am geringsten aus. Sachsen hat mittlerweile 12,5%, Thüringen und Mecklenburg - Vorpommern 14,5% verloren. Besonders stark war der Rückgang in Sachsen-Anhalt mit fast 20 %. Berlin hat in etwa 2,3 % an Bevölkerung gewonnen. Die jährlichen Veränderungen werden in folgender Grafik deutlich: Besonders stark war der Bevölkerungsverlust zunächst durch die Abwanderung gleich nach der Wende. Mit dem Rückgang der Geburten in den neuen Ländern dominierte dann der sogenannte „natürliche“ Bevölkerungssaldo die Entwicklung. Von etwa 2000 an bedingen beide Salden die Entwicklung in etwa zu gleichen Teilen. Von 2009 ist dann ein stärkerer Rückgang des negativen Wanderungssaldo zu beobachten, der die Gesamtentwicklung bis 2012 dämpft. Ob dieser Prozess kurzfristig anhaltend ist, wird sich in der Folge des nächsten Aufschwungs herausstellen (Ludwig, U. u.a.: Wirtschaftswachstum beeinflusst Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland; in: Wirtschaft im Wandel, Jg. 17 (1), 2011, S. 4). Langfristig dürfte das knapper werdende Arbeitsangebot – aufgrund des Geburtenknicks nach 1990 – dazu führen und das Ausscheiden der älteren Arbeitnehmerinnen und -nehmer, dass die Abwanderung aus Ostdeutschland tendenziell weiter abnimmt. Dies gilt allerdings nur, wenn die Arbeitsnachfrage nicht sinkt, also die Zahl der Arbeitsplätze in Ostdeutschland stabil bleibt bzw. wächst.





Quelle aller Daten: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Impressum

Herausgeber:	Mitarbeiter des Konjunkturteams „Altmark“ der Hochschule Magdeburg – **Stendal**: Patzig, Wolfgang (Inflation L+P); Steffens, Hendriks (Arbeitslosigkeit L+P); Patzig, Wolfgang (Wachstum L+P); Patzig, Wolfgang (VG L+P); Schützenmeister, Marcel (Bauwirtschaft L+P); Brattan, Maik (Löhne L+P) sowie Schützenmeister, Marcel (Zins L+P); Aktuelles Thema: Patzig, Wolfgang;L = Lage und P = Prognose
Redaktion:	Prof. Dr. Wolfgang Patzig, Marcel Schützenmeister M.Sc.
Im Internet:	http://www.stendal.hs-magdeburg.de/project/konjunktur/index.htm
V. i. S. d. P.:	Prof. Dr. Wolfgang Patzig, Hochschule Magdeburg-Stendal, Osterburger Str. 25, 39576 Hansestadt Stendal; Tel.: 03931 2187-4840, FAX: 03931 2187-4870 oder wolfgang.patzig@hs-magdeburg.de